



Dr. Günter Krings

Mitglied des Deutschen Bundestages

Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister des Innern, für Bau und
Heimat

Vorsitzender der CDU-Landesgruppe
Nordrhein-Westfalen

Dr. Günter Krings, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Bündnis Soziale Gerechtigkeit
z.Hd. Herrn
Wolfgang Fels
Kirchplatz 10
41061 Mönchengladbach
Per E-Mail an: bma@stiftung-volksverein.de

Berlin, 06.09.2021
jr

Dr. Günter Krings, MdB

Bundestagsbüro
Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-73060
Fax: +49 30 227-76058
guenter.krings@bundestag.de

Wahlkreisbüro Mönchengladbach
Franz-Meyers-Haus
Regentenstr. 11
41061 Mönchengladbach
Telefon: +49 2161-247296
Fax: +49 2161-247299
guenter.krings.wk@bundestag.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

sehr geehrter Herr Fels,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 27.08.2021, in welchem Sie sich mit dem Thema soziale Wohnraumförderung in Mönchengladbach auseinandersetzen und zudem einige Fragen an mich adressieren. Gerne nehme ich im Folgenden dazu Stellung.

Einleitend möchte ich Ihnen mitteilen, dass ich die Intention Ihres Bündnisses, namentlich als Schnittstelle zwischen Betroffenen und Politik zu fungieren, als äußerst sinnvoll und hilfreich erachte. Auch stellt das in Ihrem Schreiben thematisierte Anliegen des bezahlbaren Wohnraumes eine der wichtigsten sozialen Fragen unserer Zeit dar. Denn noch immer haben viele Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen Schwierigkeiten, bezahlbaren Wohnraum zu finden. In städtischen Wachstums- und sonstigen Ballungszentren gilt dies in besonderem Maße; so auch in Mönchengladbach. Dieser Herausforderung müssen wir uns weiterhin mit Nachdruck widmen.

Hierzu halte ich die Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit – trotz ihres legitimen wohnungspolitischen Ziels – jedoch nicht für das richtige Instrumentarium. Die Wohnungsgemeinnützigkeit wurde 1990 in Deutschland aus verschiedenen Erwägungen abgeschafft: Maßgebliche Gründe waren Misswirtschaft (Stichwort „Neue Heimat“) und städtebauliche Fehlentwicklungen (Stichwort „soziale Brennpunkte“). Letztere wurde in der Vergangenheit unter anderen durch die Mittel der Städtebauförderung und durch Modernisierungs- und Privatisierungsmaßnahmen vielerorts korrigiert. Es ist allerdings nicht erkennbar, wie den damaligen Fehlentwicklungen im Fall der Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit heute wirksam vorgebeugt werden könnte. Im Wahlprogramm der CDU/CSU findet sich daher keine



Forderung nach ihrer Wiedereinführung. Andere wohnungspolitische Ansätze, auf welche ich im Folgenden kurz eingehen möchte, sind effektiver und vermeiden die skizzierten Nachteile.

Obwohl die Länder seit der Föderalismusreform I im Jahr 2006 für die Gesetzgebung der sozialen Wohnraumförderung sowie für die Finanzierung zuständig sind, leistet der Bund zentrale Beiträge bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums. So wurde mit der Wohnraumoffensive der Grundstein für den Bau von 1,5 Mio. neuen Wohnungen in Deutschland gelegt. Allein im Jahr 2020 wurden rund 306.000 Wohnungen fertiggestellt, was einer Steigerung von rund 4,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Aufgrund einer jüngst verabschiedeten Änderung des Grundgesetzes wurde es dem Bund zudem ermöglicht, den Ländern zweckgebundene Finanzhilfen für den sozialen Wohnungsbau zu gewähren. Derzeit unterstützt der Bund die Länder mit 1 Mrd. Euro pro Jahr, was auch in den nächsten Jahren der Fall sein wird.

Trotz dieser Erfolge muss der soziale Wohnungsbau weiter gefördert werden. Primär muss hierfür mehr bezahlbarer Wohnraum entstehen und unsere Wohnraumoffensive fortgesetzt werden. Der effektivste wohnungspolitische Ansatz zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums ist und bleibt meines Erachtens das Bauen neuer Wohnungen.

Unser Ziel ist es daher, dass bis 2025 mehr als 1,5 Millionen neue Wohnungen entstehen. In Städten und Ballungszentren wollen wir das große Potenzial von Nachverdichtung, Aufstockung von Gebäuden, Überbauung von Parkplätzen und Supermärkten und der Brachflächenentwicklung ausschöpfen. Deshalb werden wir die Brachlandentwicklung im Rahmen der Städtebauförderung verstärken und die Nachverdichtung fördern. Zudem möchte die CDU mehr Flächen für den Wohnungsbau mobilisieren.

Da der Platz in Großstädten und Metropolregionen jedoch endlich ist, müssen wir auch das Umland stärken, insbesondere durch die Schaffung einer guten Infrastruktur und modernen Grundversorgung.

Eine zentrale Rolle kommt zudem auch weiterhin dem staatlichen Zuschuss zu Mieten von Menschen mit geringem Einkommen – insbesondere dem Wohngeld – zu. Ab 2022 wollen



wir dieses regelmäßig anpassen, wobei eine Erhöhung bereits 2020 und 2021 erfolgt ist.

Für weitere Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, which appears to read "Günter Krings". The signature is fluid and cursive, with the first name "Günter" and the last name "Krings" clearly distinguishable.

Günter Krings